



Gemeindeordnung der
Katholischen Kirchgemeinde
Niederwil

Die Bürgerschaft der Katholischen Kirchgemeinde Niederwil erlässt gestützt auf Art. 61 lit. a, 66 und 71 der Verfassung des Katholischen Konfessionsteils des Kantons St.Gallen vom 18. September 1979 mit Nachtrag vom 24. September 2006 (VKK) und in Anwendung des kantonalen Gemeindegesetzes vom 23. August 1979 (GG) als

Gemeindeordnung

I. Grundlagen

Art. 1: **Geltungsbereich**

Diese Gemeindeordnung regelt die Organisation der Katholischen Kirchgemeinde Niederwil sowie die Rechte und Pflichten ihrer Organe.

Art. 2: **Gebiet**

Die Umgrenzung der Kirchgemeinde Niederwil ist im beiliegenden Plan eingezeichnet.

Art. 3: **Organisation**

Die Kirchgemeinde Niederwil organisiert sich als Gemeinde mit Bürgerversammlung.

Organe der Kirchgemeinde sind:

- a) die Bürgerschaft;
- b) der Kirchenverwaltungsrat (KVR);
- c) die Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Art. 4: **Aufgaben**

Die Kirchgemeinde erfüllt die ihr durch die Verfassung und durch Dekrete des Katholischen Konfessionsteils zugewiesenen Aufgaben. Die Kirchgemeinde kann weitere Aufgaben übernehmen.

Die Kirchgemeinde kann mit andern Kirchgemeinden Vereinbarungen über die Erfüllung von Aufgaben abschliessen und mit andern Gemeinwesen sowie mit privaten Organisationen zusammenarbeiten.

Art. 5: **Amtliche Bekanntmachungen**

Amtliches Publikationsorgan ist das Gemeindemitteilungsblatt.

Amtliche Mitteilungen werden im Anschlagkasten bei der Pfarrkirche veröffentlicht.

II. Bürgerschaft

Art. 6: **Wahlen an der Urne**

Die Bürgerschaft wählt an der Urne:

- a) drei Mitglieder des KVR;
- b) den Präsidenten oder die Präsidentin des KVR;
- c) fünf Mitglieder der GPK.

Ersatzwahlen in das Katholische Kollegium, in den Kirchenverwaltungsrat und in die Geschäftsprüfungskommission während der Amtsdauer werden offen an der Bürgerversammlung vorgenommen. Im Einzelfall kann die Mehrheit der Stimmenden Urnenwahl beschliessen.

Art. 7: Bürgerschaftsbeschlüsse (offene Abstimmung)

Die Bürgerschaft beschliesst an der Bürgerversammlung über:

- a) die Gemeindeordnung;
- b) die Wahl des Pfarrers;
- c) die Genehmigung der Jahresrechnung mit Fond- und Stiftungsverwaltung;
- d) den Voranschlag und den Steuerfuss;
- e) einmalige, neue Ausgaben von mehr als 3 Steuerprozenten oder während mindestens zehn Jahren wiederkehrende Ausgaben von mehr als 1,5 Steuerprozenten;
- f) den Erwerb von Grundeigentum, wenn der Preis 2 Steuerprocente übersteigt;
- g) die Veräusserung von Grundeigentum, wenn die amtliche Verkehrswertschätzung oder die Anlagekosten den Betrag von 2 Steuerprozenten übersteigen;
- h) die Gewährung von Nachtragskrediten, wenn die ausserordentliche Kreditvollmacht des KVR überschritten wird;
- i) Initiativbegehren;
- k) weitere Geschäfte, die ihr das Gesetz zuweist.

Art. 8: Bürgerschaftsbeschlüsse (Urnenabstimmung)

Die Bürgerschaft stimmt an der Urne ab über:

- a) Referendumsbegehren;
- b) Geschäfte, welche die Bürgerversammlung der Urnenabstimmung unterstellt.

Art. 9: Referendum

Ein Referendumsbegehren kommt zustande, wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten schriftlich die Abstimmung durch die Bürgerschaft verlangt. Massgebend ist die Zahl der Stimmberechtigten bei den letzten Gesamterneuerungswahlen des KVR.

Das Begehren muss dem KVR innert 30 Tagen seit Beginn der Referendumsfrist eingereicht werden.

Die Urnenabstimmung ist innert 60 Tagen nach der Einreichung des Begehrens durchzuführen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Art. 36 und 121 bis 123 GG).

Art. 10: Initiative

Ein Initiativbegehren kommt zustande, wenn ein Sechstel der Stimmberechtigten schriftlich die Abstimmung der Bürgerschaft über einen Gegenstand verlangt, der in die Zuständigkeit der Bürgerschaft fällt. Massgebend ist die Zahl der Stimmberechtigten bei den letzten Gesamterneuerungswahlen des KVR.

Das Begehren muss dem KVR innert zwei Monaten nach der Veröffentlichung mit den Unterschriften eingereicht werden.

Das Begehren ist innert sechs Monaten nach der Einreichung der Bürgerschaft zur Abstimmung vorzulegen. Der KVR kann einen Gegenvorschlag unterbreiten; in diesem Fall verlängert sich die Frist um drei Monate. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Gemeindegesetzes (Art. 124 bis 126 GG).

III. Bürgerversammlung

Art. 11: Einberufung

Die Bürgerversammlung wird einberufen:

- a) zur Behandlung der Rechnungsgeschäfte;
- b) auf Beschluss des KVR;
- c) auf Beschluss der Bürgerschaft.

Art. 12: Protokollführung

Zur Protokollführung können technische Hilfsmittel verwendet werden.

Art. 13: Unterlagen

Der KVR stellt den Stimmausweis allen Stimmberechtigten zu. Die Unterlagen werden pro Haushalt zugestellt.

IV. Kirchenverwaltungsrat

Art. 14: Zusammensetzung

Der KVR setzt sich zusammen aus dem Präsidenten oder der Präsidentin und drei weiteren Mitgliedern.

Art. 15: Aufgaben

Der KVR erfüllt die ihm durch Verfassung und Dekrete übertragenen sowie die nachstehenden Aufgaben:

- a) die Wahl des Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentin;
- b) die Wahl der Stimmzähler und Stimmzählerinnen für die Urnenabstimmungen und Bürgerversammlungen;
- c) die Wahl des Pflegers oder der Pflegerin, des Aktuars oder der Aktuarin sowie weiterer Beauftragter;
- d) die Bestellung von Kommissionen;
- e) die Festsetzung der Gehälter, Entschädigungen, Sitzungsgelder und Amtsbürgschaften;
- f) die Information der Öffentlichkeit über Geschäfte von allgemeinem Interesse;
- g) die Genehmigung von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit andern Kirchgemeinden und privaten Organisationen;
- h) die Erteilung der Prozessvollmacht;
- i) die weiteren Aufgaben, für die weder die Bürgerschaft noch ein anderes Organ zuständig ist.

Art. 16: Ausserordentliche Kreditvollmacht

Für unvorhersehbare, im Voranschlag nicht enthaltene, dringend notwendige Aufwendungen steht dem KVR ausserordentliche Kreditvollmacht zu. Die Summe der unvorhersehbaren Aufwendungen darf jährlich acht Steuerprozente nicht überschreiten.

V. Geschäftsprüfungskommission**Art. 17: Zusammensetzung und Aufgaben**

Die GPK besteht aus fünf Mitgliedern und konstituiert sich selbst. Sie erfüllt die ihr nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben.

VI. Schlussbestimmungen**Art. 18: Ergänzendes Recht**

Im Übrigen gilt das kantonale Gemeindegesetz, soweit der Konfessionsteil keine abweichende Regelung trifft.

Art. 19: Vollzugsbeginn

Diese Gemeindeordnung tritt durch Beschluss der Bürgerschaft und nach Genehmigung durch den Administrationsrat in Kraft. Die Gemeindeordnung vom 8. März 2009 wird dadurch aufgehoben.

Art. 20: Änderung der Gemeindeordnung

Diese Gemeindeordnung kann im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen jederzeit geändert werden, Art. 6, 14 und 17 jedoch nur auf Beginn einer neuen Amtsdauer.

Von der Bürgerschaft der Katholischen Kirchgemeinde Niederwil an der Bürgerversammlung vom 13. März 2005 und 8. März 2009 (Nachtrag) sowie an der Urnenabstimmung vom 9. Mai 2021 angenommen. Vom Katholischen Administrationsrat genehmigt am 14. September 2004, am 5. Januar 2009 (Nachtrag) und am 8. Juni 2021 (Nachtrag).

Kath. Kirchenverwaltung Niederwil

Der Präsident:


Karl Schönenberger

Die Aktuarin:


Michèle Signer